



Rot-Grüne Zusammenarbeit in AStA und StuPa

Liebe Lesende,
seit März dieses Jahres befinden sich GHG und Juso-HSG in einer Koalition mit der ADF. Von den Höhen und Tiefen dieser Zusammenarbeit möchten wir euch in dieser Publikation berichten. Dabei wollen wir uns

insbesondere zu den Geschehnissen der letzten Studierendenparlamentssitzung im Juli dieses Jahres äußern. Außerdem möchten wir euch gerne informieren, was wir für euch in diesem AStA bisher erreicht haben.

Eure GHG und Juso-HSG

Extremismus – Eine Ideologie

„Der AStA wird aufgefordert ein deutliches Zeichen gegen rechts- und linksextreme politische Gewalt zu setzen“. Dieser Beschluss wurde auf der letzten Sitzung des Studierendenparlaments auf Antrag des RCDS (Ring Christlich Demokratischer Studenten) gefasst. Auch anderswo begegnet einem der Extremismus-Begriff häufig. „400 Extremisten in der Bundeswehr“ titelten zuletzt mehrere Tageszeitungen, in ganz Deutschland gibt es regionale Bündnisse gegen Rechtsextremismus und auch zum Stichwort „Linksextremismus“ lassen sich mit einer einfachen Google-Suche reihenweise tagesaktuelle Nachrichten finden. Weniger präsent, aber durchaus in Benutzung ist der Begriff des „Ausländerextremismus“, der im Gegensatz zum vermeintlichen Dualismus aus Rechts- und Linksextremismus jedoch kein Pendant im „Inländerextremismus“ besitzt. Gelegentlich findet sich auch der Terminus des „religiösen Extremismus“, weitere Spielarten des Extremismus-Begriffs sind denkbar und kommen immer mal wieder vor.

Unklare Definition

In der Informationsbroschüre des Bundesamts für Verfassungsschutz „Verfassungsschutz – Was wir für Sie tun“ heißt es zum Begriff des Extremismus auf Seite 3:

„Über den Begriff des Extremismus besteht oft Unklarheit – häufig wird er zu Unrecht mit Radikalismus gleichgesetzt. Radikale politische Auffassungen sind durch die Meinungsfreiheit in Art. 5 des GG geschützt und haben in unserer freiheitlichen Gesellschaft ihren legitimen Platz. Auch wer seine radikalen Vorstellungen realisieren will, muss nicht befürchten, vom Verfassungsschutz beobachtet zu werden – jedenfalls nicht, solange er die Grundprinzipien unserer Verfassungsordnung anerkennt. Der demokratische Rechtsstaat braucht kritikfähige Bürger, während er sich gegen Extremisten schützen muss und zwar nicht erst dann, wenn Straftaten begangen worden sind.“



Aus dem ersten Satz wird bereits ein entscheidender Punkt bei der Debatte über den Extremismus deutlich: Es gibt keine einheitliche und breit akzeptierte Definition des Begriffs. Zentraler Bestandteil ist jedoch offenbar die Akzeptanz der Grundprinzipien der Verfassungsordnung. Klingt einfach, aber wer entscheidet darüber? Letztlich die gleiche Behörde, die dann beginnt, vermeintliche Extremist*innen zu bespitzeln: der Verfassungsschutz selbst! Und was ist eigentlich mit jenen, die den im Grundgesetz verankerten Parlamentarismus durch ein basisdemokratischeres System ersetzen wollen, mit jenen, die meinen, dass das verfassungsmäßig garantierte föderale System (Art. 20 GG) auch starke Nachteile haben kann (bspw. im Bildungsbereich) oder was ist mit jenen, die meinen, dass die Ehe zwischen Mann und Frau (Art. 6 GG) eine Diskriminierung von gleichgeschlechtlichen Paaren und Menschen mit anderen Lebensentwürfen als der klassischen Ehe ist? Sind die extremistisch?

Diese Beispiele zeigen eins: So einfach geht es nicht. Der erste Satz zu Extremismus in der Wikipedia lautet: „Als Extremismus bezeichnen Behörden in Deutschland seit etwa 1973 politische Einstellungen und Bestrebungen, die sie dem äußersten Rand des politischen Spektrums zuordnen.“ Aus dem weiteren Artikel geht hervor, dass der Begriff vom Verfassungsschutz eingeführt worden ist, um die äußersten politischen Abweichungen von der politischen Mitte zu bezeichnen: Der Begriff fußt also auf dem Verständnis von Politik als einer Achse. Sie reicht von ganz links bis nach ganz rechts und in der Mitte ist – ja eben – die politische Mitte. Als solche ist sie ungefährdet jeder extremistischen Position.

Die herrschende Meinung ist immer auch die Meinung der Herrschenden

Das bedeutet, ob eine Position in den Augen des Verfassungsschutzes und seiner Definition extremistisch ist oder nicht, hängt davon ab, ob sie das vorherrschende politische System bejaht oder verneint. Der Politikwissenschaftler Kurt Sontheimer formuliert das folgendermaßen:

„Da aber die Übereinstimmung der staatstragenden Gruppen über die Prinzipien der bestehenden Ordnung kein Maßstab für die Qualität einer solchen Ordnung sein kann, sondern nur eine Status-quo-Formel darstellt, ist Extremismus und Radikalismus, wie unsere eigene Geschichte lehrt, nicht von vornherein etwas Negatives. Die heutige staatstragende Mitte ist nämlich nichts anderes als das Ergebnis der linksradikalen Bewegungen von gestern und vorgestern. Da stets die herrschenden Gruppen die Bandbreite bestimmen, innerhalb derer sie politische Auffassungen tolerieren, muß bei radikalen Bewegungen und Ideologien stets auch nach dem Inhalt, dem politischen Ziel gefragt werden.“

Das heißt zusammengefasst: Moderne Demokratie ist der Linksextremismus vergangener Tage. Sie wich in unfassbarem Ausmaße von der politischen Mitte eines absolutistischen Königreichs ab. Wenn Verfassungsschutz und Politik heute gegen Extremismus vorgehen, tun sie dies aus dem selben Grund wie Monarchien, die demokratische Bewegungen unterdrückt haben: Sie bedrohen die Fundamente ihrer Herrschaft. Es handelt sich eben nicht bloß um andere Parteien, die womöglich verschiedene wirtschafts- und sozialpolitische Vorstellungen haben, sondern um Organisationen, die das politische System, in dem solche Fragen gestellt werden, völlig neu aushandeln wollen. Für die Politiker*innen würde dies das Ende ihrer privilegierten und mächtigen Position bedeuten. Daher ist Extremismus auch keine wissenschaftliche Kategorie und im akademischen Feld vielmehr umstritten oder wird gänzlich abgelehnt. Sie stellt stattdessen eine Ideologie zur Sicherung der bestehenden Verhältnisse dar – eine Herrschaftsideologie!

Extrem rechts, extremistisch, linksradikal – Auswege aus verwirrenden Begriffen

Der Grund, warum der Begriff Extremismus so häufig benutzt wird, liegt aber nicht nur darin, dass Regierungen, Parteien und Verfassungsschutz diesen stark in die Öffentlichkeit tragen und er von den Medien und den Bürger*innen aufgenommen und reproduziert wird. Häufig fehlen ihnen die Alternativen, der Begriff des Extremismus bietet sich an, weil man dann scheinbar nichts zu erklären braucht. Man glaubt, mit den Bezeichnungen rechtsextrem beziehungsweise linksextrem hätte man die Organisationen, Menschen oder Aktionen, die man meint, ausreichend beschrieben. Wie die unklare Definition aber schon zeigt, ist das mitnichten der Fall. Stattdessen bieten sich Begriffe an, die sich auf die politische Programmatik beziehen. Diskriminierung von Menschen aufgrund ihrer Hautfarbe ist rassistisch, aufgrund ihrer Nationalität nationalistisch und aufgrund ihres Geschlechts sexistisch. Wenn ich einen Nazi meine, kann ich Nazi sagen – und nicht Rechtsextremist. Analog zum Demokratiebeispiel ist das Eintreten für Parlamentarismus parlamentarisch – sollen hingegen alle Entscheidungen im Konsens getroffen werden ist das basisdemokratisch; und wer alle Formen von Herrschaft konsequent ablehnen möchte, ist

anarchistisch. Damit ließe sich auch endlich ein weiterer entscheidender Missstand der Extremismusideologie verhindern: derjenige der guten Mitte. Ab 1933 waren all jene Attribute, die man heute mit Rechtsextremismus verbindet, nicht extrem (also am äußersten Rand), sondern wurden von einer großen Mehrheit der Deutschen (also der Mitte) geteilt. Die menschenverachtende Ideologie der Nationalsozialist*innen war kein Randphänomen.

Mit solchen Begriffen ließen sich auch all jene Gesellschaftsdiagnosen abbilden, die in der Extremismus-Formel nicht abgebildet werden: Regelmäßig konstatieren verschiedene Studien der Friedrich-Ebert-Stiftung sowie einer Forschungsgruppe um den Bielefelder Soziologen Wilhelm Heitmeier („Deutsche Zustände“), dass gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit ein weit verbreitetes Problem darstellt. Nahezu die Hälfte der deutschen Bevölkerung stimmt demnach rassistischen Aussagen zu, bis zu 30% sind der Meinung, dass Jüdinnen und Juden „die Erinnerung an den Holocaust heute für ihren eigenen Vorteil“ ausnützten. Belege aus zahlreiche weiteren Studien ließen sich anführen.

Extremismus bekämpfen – als Begriff!

Das alles zeigt: Der Extremismus-Begriff eignet sich nicht, um politische Organisationen zu klassifizieren. Er drückt nicht aus, welche Inhalte vermeintlich „extremistische“ Organisationen verfolgen und dient stattdessen den Herrschenden zur Sicherung der bestehenden Ordnung. Bei der Klassifizierung von gesellschaftlichen Missständen wie Rassismus oder Homophobie verschleiert er sogar latent diskriminierende Positionen, die von einem Großteil der Gesellschaft geteilt werden. Daraus folgt: Wenn man das nächste Mal von Extremismen sprechen möchte, sollte man darüber nachdenken, wem damit geholfen ist. Wer wirklichen Fortschritt möchte, wer eine Welt ohne Rassismus, Sexismus und alle anderen Formen von Diskriminierung möchte und dafür kämpft, kann auf den Extremismus-Begriff nicht nur verzichten, sondern sollte auch diesen aktiv bekämpfen: als Ausdruck einer reaktionären Ideologie.



Vorgänge im StuPa

Am 15. Juli fand das letzte StuPa (Studierendenparlament) statt. Der Ring Christlich Demokratischer Studenten (RCDS) reichte dort zwei Anträge ein, über die das Parlament zu entscheiden hatte. Beide Anträge waren zwar in ihrer ursprünglichen Form aufgrund gravierender inhaltlicher Mängel abzulehnen, doch bewusst darauf ausgerichtet die Koalition zwischen der ADF, der Juso-HSG und der GHG zu stören. Juso-HSG und GHG waren gegen die Annahme der Anträge, Teile der ADF dafür. Obwohl es keinen Konsens gab, stimmten fast alle anwesenden Parlamentarier*innen der ADF mit der rechten Opposition die Anträge durch. Diese lauteten wie folgt:

Der 1. Antrag:

„Das Studentenparlament spricht sich gegen die Untergrabung der Meinungsfreiheit und des Rechts auf freie Versammlung aus. An der Georg-August-Universität sollen alle Studenten, Professoren und Veranstaltungsgäste das Recht haben, ihre eigene Meinung – sofern sie nicht gegen die verfassungsmäßige Ordnung verstößt – frei kund zu tun. Das Verhindern solcher Meinungsbekundungen ist nicht tolerierbar und wird vom Studentenparlament aufs Schärfste verurteilt. Der AStA wird aufgefordert konsequent für freie Meinungsäußerung und Versammlungsfreiheit einzustehen.“

Dieser Antrag wurde im Zusammenhang mit einem blockierten Vortrag des BSH (Bundesverband Sicherheitspolitik an Hochschulen) gestellt, in dem Johannes Clair über seinen Afghanistan Einsatz berichten sollte. Antimilitarist*innen verhinderten den Vortrag damals durch andauernde, laute Jubelschreie. Innerhalb der linken Gruppen besteht kein Konsens darüber, ob dies konkret eine gute oder schlechte Aktionsform darstellt.

Wir sprechen uns klar für die Meinungsfreiheit und das Recht auf Versammlung aus, aber es muss klar sein, dass nicht jede Meinung widerstandslos in den universitären Raum getragen werden darf. Sexistischem, kriegsverherrlichendem, nationalistischem oder ähnlichem Gedankengut muss entgegengetreten werden dürfen. Auch eine Blockade ist daher ein legitimer Akt der Versammlungs- und Meinungsfreiheit. Die Störaktion in diesem Kontext als „Untergrabung der Meinungsfreiheit“ zu bezeichnen ist hysterisch, überzogen und diffamierend für das antimilitaristische En-

gagement an dieser Uni.

Von uns und der Basisgruppenliste (BB) vorgeschlagene Änderungsanträge, die diese Problematik beseitigt hätten, wurden rundheraus abgelehnt. ADF und RCDS entschieden sich für die Annahme, ohne eine weitere Kompromissfindung zu suchen. Dies verschlechterte die Stimmung deutlich. Kurz darauf folgte...

Der 2. Antrag:

„Das Studentenparlament möge beschließen: Die jüngsten Übergriffe auf Verbindungsstudenten in Göttingen veranlassen die Göttinger Studentenschaft, sich gegen politisch motivierte Gewalt auszusprechen. Die Georg-August-Universität Göttingen ist ein Ort freier Meinungsäußerung und Pluralität. Jedwede Gewalt – vor allem politisch motivierte rechts- oder linksextremistische – trägt maßgeblich dazu bei, dies zu unterwandern. Das Studentenparlament duldet keine Verstöße gegen Pfeiler der Demokratie an der Universität Göttingen. Der AStA wird aufgefordert ein deutliches Zeichen gegen rechts- und linksextreme politische Gewalt zu setzen, um – mittels einer Kampagne – die Studentenschaft hierfür zu sensibilisieren.“

Dieser Antrag war eine zweite eindeutige Provokation, da hier ausdrücklich der machtpolitische Extremismus-Begriff verwendet wurde (siehe obigen Text). Mehrere Versuche, diesen aus dem Antragstext durch Änderungsantrag zu tilgen, wurden abgelehnt. Auch Juso-HSG und GHG lehnen den Angriff ab. Diese Ablehnung rechtfertigt jedoch nicht eine politische Instrumentalisierung, wie sie vom RCDS vorangetrieben wurde. Wir wollten deshalb über die Formulierung des Antrages diskutieren. Während die Diskussion noch im Gange war, wurde die Debatte auf Antrag der ADF abgebrochen. Ein konstruktiver Austausch war damit nicht mehr möglich und es musste sofort abgestimmt werden. Abermals kam der Antrag mit klarer Mehrheit mit den Stimmen der ADF durch.

Dieses Verhalten der ADF werten wir als klaren Versuch, die Koalition zu spalten. Da wir Vertrauen als wichtigste Grundlage einer gemeinsamen Zusammenarbeit erachten, finden wir ein solches Verhalten destruktiv und sehr enttäuschend, was hier ausdrücklich gesagt sein soll.

Was hat Rot-Grün bis jetzt im AStA erreicht

Seit Anfang 2013 stellen wir in einer großen Koalition den Allgemeinen Studierendenausschuss (AStA). Für den Schritt, diese Koalition einzugehen, gab es von verschiedenen Seiten viel Anerkennung, aber auch viel Kritik. Wir wollen euch deshalb in einem kurzen Zwischenbericht zeigen, in welchen Bereichen der AStA-Arbeit wir in den letzten Monaten besonders aktiv waren und wo wir unsere Schwerpunkte gesetzt haben.

Abschaffung aller Gebühren — Bildung ist ein Grundrecht!

Rot-Grün tritt im AStA aktiv für die Abschaffung der Studiengebühren in Niedersachsen ein. Durch die aktive Mitarbeit in der LandesAstenKonferenz Niedersachsen (LAK) konnten wir erreichen, vom Ministerium für Wissenschaft und Kultur (MWK) als Verband anerkannt zu werden und

uns somit die Möglichkeit erkämpfen, den Gesetzgebungsprozess zur Abschaffung der Studiengebühren direkt zu beeinflussen. Auch ein Gespräch mit der Wissenschaftsministerin Gabriele Heinen-Kljajic war durch diese Zusammenarbeit möglich. Weiterhin setzen wir uns für ein gebührenfreies Studium ein – auch Langzeitstudiengebühren müssen abgeschafft werden! Dieses Ziel werden wir weiterverfolgen.

POLITISCHE BILDUNG groß schreiben!

Das Referat für Politische Bildung ist in unseren Augen das Kernreferat für emanzipatorische Ansätze im AStA. Nach der Abschaffung der Referate Ökologie & Nachhaltigkeit sowie Gender versuchen wir, diese Themenschwerpunkte im PolBil-Referat sichtbar zu machen. Das von der GHG besetzte Referat hat bereits zwei erfolgreiche Ver-

anstaltungsreihen durchgeführt: die Veranstaltungsreihe „Marktwirtschaft, solidarische Ökonomie, Peer-Commonismus“ mit insgesamt sechs Vorträgen sowie die Veranstaltungsreihe „Kritische Wissenschaft“ mit insgesamt fünf Vorträgen. Außerdem haben wir es geschafft, wieder das festival contre le racisme (fclr) in Göttingen zu veranstalten und zu seinem Auftaktkonzert und den Veranstaltungen viele interessierte Menschen zu locken. Zusätzlich dazu hat erstmalig die Sommer OpenUni stattgefunden. Zwei Tage lang konnten im VG verschiedenste Veranstaltungen besucht und Dinge ausprobiert werden.

Öffentlichkeitsarbeit und Transparenz — Rot-Grün macht's!

Das Referat für Transparenz und Öffentlichkeit hat in Zusammenarbeit mit dem Referat für politische Bildung alle bislang erschienen Druckerzeugnisse des AStA erstellt. Darunter befinden sich verschiedenste Publikationen und Werbeerzeugnisse wie zum Beispiel die neuen Plakate des Sozialreferats, eine komplett überarbeitete Version des Semesterticketbeiblatts sowie eine Vielzahl von Plakaten für die diversen Veranstaltungen wie das fclr, die Sommer OpenUni und die Veranstaltungsreihen. Weiterhin sind wir es, die euch im Internet per Newsletter, Homepage und Facebook auf dem Laufenden halten.

Auch die Pressemitteilungen des AStA werden von uns vorbereitet und veröffentlicht. Hier greifen wir aktuelle hochschulpolitische Entwicklungen auf und tragen die Positionen des AStA nach außen.

Zusammenarbeit mit dem studentischen Dachverband fzs e.V.

Wir unterstützen den freien Zusammenschluss von studentInnenschaften (fzs) als studentischen Dachverband. Durch das Außenreferat sind wir so auf bundesweiter Ebene gut vernetzt und können zu hochschulpolitischen Entwicklungen, die über Göttingen hinaus wirken, Stellung nehmen. Wir haben außerdem zum zweiten Mal die Mitgliederversammlung des fzs in Göttingen ausgerichtet und tragen somit dazu bei, dass der Verband die strukturelle Möglichkeit hat, Positionen weiterzuentwickeln und zu beschließen.

Antifaschistische Arbeit — gegen Nazis immer und überall!

Auch die Unterstützung antifaschistischer Arbeit kommt nicht zu kurz: Durch Rot-Grün war es möglich die Aufrufe „No Heimat - No Heise!“ gegen den so genannten „Eichsfeldtag“ am 4. Mai 2013 sowie den Aufruf gegen den „Tag der deutschen Zukunft“ am 1. Juni in Wolfsburg zu unterstützen. Außerdem unterstützten wir den Aufruf „Love to block“ gegen den Naziaufmarsch am 3. August in Bad Nenndorf und mobilisierten aktiv gegen den geplanten Naziaufmarsch.

Kein Fußball den Nazis!

Kultur für alle — das Kulturticket!

Rot-Grün kümmert sich im AStA ebenfalls um den Fortbestand des Kulturtickets. Dazu gehört der Kontakt zu den teilnehmenden Einrichtungen sowie die Erweiterung des Angebots. Diese Ausweitung soll jedoch bei gleichem Preisniveau geschehen. Aktuelle Veranstaltungen, die du

mit dem Kulturticket besuchen kannst, werden auf Facebook angekündigt:

<http://www.facebook.com/KulturticketGoettingen>

Erstsemesterstudierende — Herzlich Willkommen!

Auch die Ersti-Betreuung wird von Rot-Grün koordiniert. Dieses umfassende Projekt ist uns ein besonderes Anliegen, da wir den neuen Studierenden einen möglichst niedrigschwelligen Einstieg in ihren neuen Lebensabschnitt bieten wollen. Auch die Ersti-Taschen werden zu diesem Anlass von uns vorbereitet und viele praktische Dinge, die euren Studienalltag erleichtern sollen, fertiggestellt. Hierzu zählen unter anderem der Campus Kalender, Kugelschreiber und viele interessante Infomaterialien.

Wie geht's weiter?

Die Koalition und Zusammenarbeit mit der Arbeitsgemeinschaft Demokratischer Fachschaftsmitglieder (ADF), welche viele Angehörige des linken Spektrums sehr kritisch sahen und sehen, stellte sich als äußerst kompliziert heraus. Zwar gibt es dankenswerterweise einzelne Personen aus der ADF, die die oben beschriebenen Projekte mit ihrer Arbeit und Engagement unterstützen, doch haben diese leider weniger Rückhalt in ihrer Hochschulgruppe als zunächst vermutet. Der konservative Flügel der ADF arbeitet zum Teil offen gegen die Koalition, vor allem im StuPa und den dazugehörigen Ausschüssen (siehe oben), was bei allen Beteiligten häufiger zu Frust und Verdruss führt. Dies mag auch der Grund sein, warum sich die ADF bislang kaum spürbar in den AStA als Gruppe einbrachte: Die Übernahme der alljährlichen Verhandlungen des Bahnsemestertickets und die Hälfte der Sozialsprechstunden bleiben bislang die spärlichen Ausnahmen. Einzelne Aufgabenbereiche, die sich die ADF in den Koalitionsverhandlungen erstritt, konnten erst mit deutlicher Verzögerung ihre Arbeit aufnehmen (Transparenz und Öffent-

lichkeit, mittlerweile von der Juso-HSG übernommen) oder liegen seitdem aufgrund von völliger Untätigkeit komplett brach (Vorsitz).

Mit diesem Mängeln muss sich die gesamte Koalition kritisch auseinander setzen, denn offensichtlich haben wir als Rot-Grün die Größe der Aufgabe, eine politisch indifferente, aber dennoch sehr große Hochschulgruppe in die Arbeit eines linken, emanzipatorischen AStA einzubinden, unterschätzt. Die große Herausforderung innerhalb dieser Koalition ist es, einen verständlicheren und konstruktiveren Umgang miteinander zu finden. In der zweiten Hälfte der Legislatur wird sich Rot-Grün daher noch stärker auf die eigenen Projekte und deren Umsetzung konzentrieren.



V.i.S.d.P.: J Schmidt

Grüne Hochschulgruppe Göttingen
Goßlerstraße 16a, 37073 Göttingen
ghg@riseup.net
<http://www.ghg-goettingen.de>
[http://www.facebook.com/
gruene.hochschulgruppegoettingen](http://www.facebook.com/gruene.hochschulgruppegoettingen)

Auflage: 1000 Stück

Juso-Hochschulgruppe Göttingen
c/o SPD Stadtverband Göttingen
Nikolaistraße 30, 37073 Göttingen
kontakt@linke-kraft.de
<http://www.linke-kraft.de>
<http://www.facebook.com/JusoHSG.Goe>